

Bezugspreis:

Einzelheft 60.- M. monatlich 20.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.- M. einsch. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Österreich-Ungarn und Luxemburg 22.- M. für das übrige Ausland 22.- M. Postbestellungen nehmen an Österreich-Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Voll“, der Unterhaltungsbeilage „Heimweh“ und der Beilage „Erholung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Dienstag, den 17. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Interaktions-Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Anzeigenpreis:

Die langjährig bekannte Kompaktpresse kostet 2.- M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 2.- M. (unabhängig vom fertigen Worte), jedes weitere Wort 1.50 M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 1.50 M. jedes weitere Wort 1.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 4.- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigenaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Deutschland nach Genua eingeladen.

Der italienische Botschafter Frassati überreichte gestern abend dem Reichkanzler die Einladung an die deutsche Reichsregierung zu der am 8. März stattfindenden Wirtschaftskonferenz in Genua. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Herr Reichkanzler!

Gemäß einer Entschliessung des Obersten Rates der alliierten Mächte beehre ich mich, eine Abschrift einer Entschliessung zu übermitteln, welche am 6. Januar 1922 durch die alliierten Regierungen auf der Konferenz von Cannes angenommen wurde. Im Einklang mit dieser Entschliessung und auf Weisung meiner Regierung beehre ich mich, die deutsche Regierung zur Teilnahme an der Wirtschafts- und Finanzkonferenz einzuladen, die in Genua am 8. März 1922 eröffnet werden wird.

Ich bitte Sie, mir die Namen Ihrer Delegierten und der Begleiter mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Herr Reichkanzler...

Dem Einladungsschreiben ist der Text der bereits veröffentlichten Entschliessung beigelegt, die durch die Konferenz von Cannes am 6. Januar angenommen wurde. Unter den in der Entschliessung zur Teilnahme ausdrücklich aufgeführten Mächten werden außer Deutschland Österreich, Ungarn, Bulgarien und Rußland genannt.

Rathenaus Bericht.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Das Reichskabinett nahm am Montag abend den Bericht Dr. Rathenaus über die Verhandlungen und die Eindrücke von Cannes entgegen. Anschließend fand eine vertrauliche Debatte über die Besprechungen mit den Vertretern der Entente-Mächte statt.

Poincaré und Herriot.

Die Ablehnung des Führers der französischen Radikalen, Abg. Herriot, in das Poincarésche Kabinett einzutreten, ist eine der für die Beurteilung der neuen politischen Lage in Frankreich wichtigsten Tatsachen. Sehr interessant ist der Bericht, den Herriot über seine Unterredung mit Poincaré vor seinen Fraktionsfreunden erstattet hat, und den wir aus den Pariser Blättern entnehmen:

„Ich habe dem Ministerpräsidenten geantwortet, daß ich eine Mitarbeit in seinem eigenem Interesse nicht annehmen könnte. Ich würde sonst nämlich zwangsläufig in die Lage gekommen sein, von meinen Fraktionsfreunden Opfer zu verlangen, die sie kaum zu gestehen könnten, oder mir selbst gewisse Opfer aufzuerlegen, die ich nicht zu bringen gewillt bin. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß es dem Wesen des Parlamentarismus entspricht, daß die Abgeordneten der sich in der Minderheit befindlichen Parteien auf ihren Abgeordnetenbanken verbleiben müssen. Um meine Ablehnung zu begründen, habe ich weiter dem Ministerpräsidenten gegenüber auf die feindselige Haltung der gegenwärtigen Kammer gegen die Radikalen hingewiesen, welche sich noch vor wenigen Tagen gelegentlich der Wahl eines Vizepräsidenten offenbart hat, als die Mehrheit den Abgeordneten Vuch, einen Abtrünnigen unserer Partei, unferm Fraktionsvorsitzenden vorzog. Doch ließ Herr Poincaré in freundschaftlicher Weise nicht nach und sagte mir: „Unter den gegenwärtigen Verhältnissen dreht es sich lediglich um die auswärtige Politik. Ich habe bisher nur drei Mitarbeiter fest bestimmt; ich überlasse Ihnen eine Art Optionsrecht für den Rest des Ministeriums und ermächtige Sie, Ihre Parteifreunde um ihre Unterstützung zu ersuchen. Ich möchte ein Kabinett der nationalen Einigkeit auf breiter Basis bilden, das der jetzigen Situation angepaßt wäre, und die Radikalen könnten ja unmöglich einer solchen Regierung die Unterstützung verweigern.“

„Darauf antwortete ich dem Ministerpräsidenten“, berichtete Herriot weiter, „daß, um ein derartiges Ministerium zu bilden man weiter nach links gehen und sogar die Sozialisten zum Eintritt veranlassen müßte, die ja für die Landesverteidigung eintreten. Herr Poincaré stimmte mir zu, machte jedoch kein Hehl daraus, daß eine derartige „Operation“ gewisse Gefahren in sich birgt. Ich fügte schließlich hinzu, daß nach meiner Ansicht die Lage nicht von einem derartigen Ernste sei, daß sie die Wiederholung der politischen Opfer des Jahres 1914 erforderlich machen, daß wir aber, falls er die Lage für ebenso gefährlich wie damals hielt, bereit wären, ihm unsere Mitarbeit zu sichern.“

Nach dem Bericht des „Populaire“ soll Poincaré daraufhin erklärt haben, er beurteile allerdings die Lage als ebenso ernst wie im Jahre 1914. Inzwischen ist dieser Vergleich offenkundig nur Stimmungsmache, um die Radikalen zu tödnen, und sich eine möglichst große Mehrheit zu sichern. Frankreichs Lage mag zwar nach dem Abbruch der Konferenz von Cannes etwas heikel sein, sie ist aber ausschließ-

lich auf das Konto des nationalen Blods, und nicht zulezt Poincarés selber zurückzuführen. Der „Populaire“ weist die Erklärung Poincarés, daß er persönlich nichts gegen eine Hinzuziehung der Sozialisten hätte, mit Entrüstung zurück und verurteilt auf das schärfste diesen Poincaréschen Vergleich mit der Lage von 1914, der nur geeignet sei, die Situation noch schlimmer zu gestalten, als sie es ohnedies schon ist.

Poincarés erster Ministerrat.

Paris, 16. Januar. (EE.) Heute vormittag von 9 1/2-12 Uhr fand ein französischer Ministerrat statt, in dessen Verlauf das Programm für die nächsten Arbeiten der Kammer aufgestellt wurde. Es wurde beschloffen, in erster Linie den Gesetzentwurf über das Rietsrecht, die Banque industrielle de Chine und das neue Rekrutierungs-gesetz zu behandeln. Poincaré machte Mitteilung von der Übernahme des Kolonialministeriums durch Sarraut, der sich telegraphisch dazu bereit erklärt hatte.

Der englische Außenminister Lord Curzon ist um 9,10 Uhr in Paris eingetroffen. Er wurde von Poincaré empfangen, der heute die Geschäfte des Außenministeriums übernommen hat.

Der frühere Präsident Deschanel richtete an Poincaré einen Brief, daß er ihn beim Wiederzusammentritt des Senats über die auswärtige Politik interpellieren werde. Deschanel erklärt ausdrücklich, daß er das neue Kabinett mit einem Gefühl des Vertrauens interpellieren werde. Der „Intransegeant“ glaubt, daß die Kammer Poincaré am Donnerstag nach der Verlesung der ministeriellen Erklärung mit 450 Stimmen ihr Vertrauen aussprechen werde.

Die Agrarfrage in Rußland.

Der Rat der Volkskommissare hat, wie B.T.B. meldet, das Angebot der Staatsbank, dem Volkskommissariat für Landwirtschaft hundert Milliarden Papierrubel zur Weiterverleihung an die Bauern zur Saatzeit vorzustellen, angenommen. Wie O.E. berichtet, hat sich im Bestande des Allrussischen Zentralerziehungskomitees eine aus 30 Mitgliedern bestehende Fraktion der parteilosen Bauern gebildet. Die neue Fraktion wird sich vorwiegend mit der in Aussicht stehenden Reform der Agrargesetze befassen, um eine Stabilisierung der landwirtschaftlichen Verhältnisse zu erreichen und die Arbeit der Regierung mit den Wünschen der Bauern in Einklang zu bringen. Es besteht der Plan, auch bei den lokalen Sowjets ähnliche Fraktionen der parteilosen Bauern zu schaffen. Ferner wird die Bildung von Bauernauschüssen bei den bestehenden Agrarabteilungen und die Einführung von Agrar-Gerichtshöfen erwogen, welche über die Agrarfreiheiten entscheiden und den Bedürfnissen der Bauern möglichst schnell Gehör verschaffen sollen. Damit bestätigt sich unsere Vermutung, daß die Parteilosen zur wirtschaftlichen Zubauarbeit in Rußland mehr als bisher herangezogen werden. Die Meldung hingegen, daß die Sowjetregierung beabsichtigt, Parteilose auch in einflußreiche Regierungsstellen aufzunehmen, scheint auf falschen Informationen beruht zu haben.

Krisis in Oberschlesien.

An dieser Stelle ist des öfteren darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Regierung genötigt ist, sich für die Rechte der Deutschen in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens besondere Garantien geben zu lassen, da die polnische Regierung dem Deutschtum in dem ehemals preussischen Gebiet von Oben und Westpreußen nicht nur nicht den vertraglich festgelegten Schutz angedeihen läßt, sondern auch die Deutschen aus diesen Gebieten herauszudrängen sucht. Die polnische Regierung ging mit einer Schärfe vor, daß sich selbst der Oberste Rat gezwungen sah, einzugreifen. Wir wissen uns frei von nationalistischen Ueberempfindlichkeiten und irgenwelchen Haßgefühlen. Wir gestehen Polen, als jungem Staat, das Recht zu, sich in seinem eigenen Hause selber einzurichten. Wir verstehen es, wenn man in Warschau die polnische Eigenart zunächst einmal möglichst fest im Staat verankern zu müssen glaubt. Aber es geht nicht an, daß man die Parteien, die mit im Hause wohnten, ehe man den Besitz antrat, nun ohne weiteres auf die Strafe setzt. Hier steht das Recht der kleinen Völker, das Recht der nationalen Minderheiten ein. Und dieses Recht ist fester Bestand des Völkerrechts, dem sich das Staatsrecht zu beugen hat.

Nach den bisherigen Erfahrungen sahen wir den Verhandlungen zwischen den deutschen und den polnischen Delegationen in Oberschlesien nicht mit sonderlicher Hoffnungsfreude entgegen. Wir wußten, daß in einer Reihe von Fragen, darunter Fragen von weittragender Bedeutung, ein Uebereinkommen mit Polen unsicher zu erzielen sein werde, da Polen an einer raschen und friedlichen Erledigung dieser Materien das größte Interesse hat. Polen ist ohne Deutschlands Hilfe in seinem neu erworbenen Gebiet zum großen Teil arbeitsunfähig. Es war deshalb von den in Frage kommenden deutschen Delegationen eine weitgehende Zuvorkommenheit, wenn sie dem Bemühen ihrer polnischen Verhandlungskontrahenten, zu einem schnellen Abschluß zu gelangen, entgegenkamen, ohne sich von dem Verhandlungsgang in anderen Kommissionen beeinflussen zu lassen. Es wäre aber falsch, wenn die polnische Regierung daraus den Schluß zöge, der für Polen günstige Teil der Verhandlungen sei zu einem in gewisser Hinsicht endgültigen Abschluß gelangt, in den anderen Fragen könne man nun leichtfertig einen Streit mit den Deutschen vom Zaun brechen und gegebenenfalls einen Schiedspruch provozieren. Die Dinge liegen vielmehr so, daß wir den gesamten Fragenkomplex als eine Einheit betrachten, aus dem nicht willkürlich einige Gebiete herausgelöst werden können, ohne eine Verständigung über das Gesamtproblem aufs ernste zu gefährden. Wir stützen uns hierbei auf das Urteil der nach Oberschlesien entsandten Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und auf das des Völkerbundes, die beide zu der Ansicht gelangten, das gesamte Wirtschaftsleben Oberschlesiens sei derartig aufeinander eingepfeilt, daß eine Lösung des Problems, die nicht zu gleicher Zeit eine befriedigende Gesamtlösung bedeute, einen Zusammenbruch nach sich ziehen müsse.

Zwei Forderungen sind es vor allem, die Polen nicht erfüllen zu können glaubt: das Verbleiben der deutschen Gewerkschaftsorganisationen im neupolnischen Gebiet bei ihren Mutterorganisationen und die Garantie, daß das deutsche Eigentum in diesem Teil vor einem zwangsläufigen Zugriff von polnischer Seite gesichert ist. Im ersten Fall handelt es sich, wohlverstanden, um eine soziale und nicht um eine politische Forderung. Deutschland denkt nicht daran, in dem verlorenen Landesteil einen wie auch immer gearteten politischen Druck auszuüben und hat das gleich nach dem Spruch des Völkerbundes dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es einen klaren Trennungsstrich zwischen den politischen Parteien ziehen und drüben zog. In sozialer Hinsicht ist aber eine starke Anlehnung an Deutschland notwendig, da hier (auch nach dem Urteil der neutralen Sachverständigen) in Polen noch alles im argen liegt, und es kann uns in keiner Weise befriedigen, wenn diese Anlehnung nur in den schon durch ihren Namen äußerlich als sozial sichtbaren Institutionen gesucht wird. Der Schutz der sozialen Einrichtungen würde Gefahr laufen, ein Feigen Papier zu bleiben, wenn nicht die Macht der gewerkschaftlich geeinigten Arbeiterschaft hinter ihr stände. Diese Macht aber auf sich gestellt und von den Muttergesellschaften abgetrennt auszuüben, würde den verbliebenen Rumpfgewerkschaften bei dem Terror Andersdenkender und den trostlosen gewerkschaftlichen Zuständen in Polen ein Ding der Unmöglichkeit sein. Wie sehr die gesamte Arbeiterbewegung in Polen zerbröckelt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die polnische Sozialdemokratische Partei innerhalb eines Jahres von 100 000 Mitgliedern auf etwa 51 000 zurückgegangen ist. Anders wären die Drangalare, unter denen der polnische Arbeiter zu leiden hat, auch gar nicht zu erklären. Soll Deutschland seine hochwertigen Arbeiter in Polnisch-Oberschlesien demselben Elend preisgeben?

Wenn auf der anderen Seite von Polen der Einwand



Was der Steuerfiskus „Vergnügen“ nennt.

Versteuerte Kultur. — Die Steuerverwaltung als moralische Anstalt. — Vergnügen als Brotetwerb.

Die neue Vergnügungssteuerordnung ist im Ausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloffen, die Zustimmung des Plenums ist nur noch Formsache. Da verlockt es, einmal darüber nachzudenken, was alles in der Welt und speziell in Berlin ein „Vergnügen“ sein soll.

Der Steuerfiskus als Kunststrichter.

Das ist das Mäßliche bei jeder solchen „Vergnügungssteuer“, daß sie nicht scheiden und trennen kann zwischen Kultur und Unkultur, zwischen Kunst und Schund, auch nicht zwischen Erholung und Neurotiker, zwischen dem Bedürfnis nach geistiger oder seelischer Entspannung und dem Launen von Begierde zu Genuß.

Gottesdienste und Wahloversammlungen.

Wie weit das Reich hier den Begriff „Vergnügen“ faßt, geht am besten daraus hervor, daß der Berliner Steuerzuschuß es für notwendig hielt, ausdrücklich festzusetzen, daß Gottesdienste, politische und gewerkschaftliche Versammlungen nicht als steuerpflichtige Vergnügungen anzusehen seien.

Schund und Spielwut.

Eine Freilassung der gewerbsmäßigen Darbietungen war aus den eingangs angeführten Gründen unmöglich. Es mußte deshalb auf der anderen Seite dafür gesorgt werden, daß in einer Zeit, wo auch hochwertige Kunst und harmloses Vergnügen zur Füllung des leeren Stadtbüchels beitragen müssen, all der Schund und Aßch und Schmutz, der sich auch „Vergnügen“ nennt, entsprechend hoch zur Steuer herangezogen wird.

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

„Danke, ich habe genug!“ sagte sie, ohne sich umzudrehen. „Was soll denn das heißen? Erst wurden Sie doch ganz poetisch. Sie dürfen sich von Ihrem Mann nicht anstecken lassen.“

„Sind wir wirklich so schlimm, Doktor? Aber im Ernst — wenn man still in einem Wagen sitzen muß und die Bienen um einen herum dampfen, wird es einem auf die Dauer doch recht kalt — nicht?“

„Freilich — und mit Ihnen, Doktor Splt, kann man gar nicht rechnen!“ sagte sie. „Sie sitzen ja den ganzen Tag auf Ihrem Rad. Aber mein Mann ist an Zimmerluft gewöhnt.“

„Und der Herr Amtsvorsteher,“ fiel Fräulein Selma ein, „bekommt fast immer Kopfschmerzen, wenn er sich von einem Wagen durchrütteln lassen muß.“

„Ja — ja — das kommt von dem ewigen Im-Zimmer-hocken. Wissen Sie was, mein lieber Amtsvorsteher — ich hätte Lust, Ihnen dasselbe zu verordnen, wie neulich Ramsell Berg auf dem Ziegelhof.“

„So, Ramsell Berg!“ sagte Hjarter und lachte. „Wer sollte übrigens glauben,“ fuhr Doktor Splt fort, „daß dieses Reibeisen einst eine junge, gefeierte Dorfschönheit gewesen ist. Jetzt ist sie vor jahrelangem Wohlleben bei dem alte Hilse gottesfürchtig geworden.“

„Na, was war's also mit ihr?“ fragte Hjarter und verberg ein Gähnen mit seiner weißen Hand.

„Sie plagt mich immer mit ihren sauren Absonderungen, wie sie ihr kleines, eingebildetes Magenübel nennt — und die Mirtur —“

„Es war wohl der rote Saft?“ Frau Helwig verzog die Oberlippe zu einem Lächeln.

„Ja,“ antwortete Doktor Splt mit unerschütterlichem Ernst, „mein bekannter Universal- und Wundersaft wollte nicht wirken.“

turelle Bedürfnisse und soziale Notwendigkeiten zu berücksichtigen, aber sie hat nicht den Zweck, die Welt besser zu machen. Und sie hat nicht die Macht dazu.

Selbstlose Kapitalisten.

Der Steuerfiskus hat auch kein Interesse daran, irgendein Gewerbe durch seine Steuer totzumachen. Ruhe, die man melken will, schlägt man nicht. Es war daher notwendig, die wirtschaftliche Lage der Gewerbe, die sich das Vergnügungsbedürfnis ihrer Mitmenschen zur Brotquelle gemacht haben, genau abzuschätzen.

Verschwendung und Not.

Aber richtig ist natürlich, daß eine vieltausendköpfige Schar von Arbeitern heute im Dienste der Vergnügungsindustrie steht. Vom Theater über die Gastwirtschaften bis zu den Rummelplätzen zieht sich eine ununterbrochene Kette von kapitalistischen Betrieben, die Tausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigen.

Es gibt ja sozialer Armut und Elend und geistige Not in Berlin!

Der Zukunfts-Wolkenkrieger.

Der Verein zur Beförderung des Gewerbeleides zu Berlin veranstaltete am 9. Januar eine Aussprache über das Hochhaus. Der Schweizer Städtebauer, Architekt Martin Wächler, hielt einen einleitenden Vortrag über das Hochhaus und die Großstadtbildung.

Lebensauffassung, einer durch diese bedingten Typisierung, Normalisierung und verhängnisvolle regellose Massenanhäufung.

In Deutschland hat die staatliche Aufsicht den Hochhausbau verhindert. Rächler zeigte deshalb als Parallele die Gigantentwicklung der deutschen Ozeanische und zog folgende Schlussfolgerungen aus der geschichtlichen Erkenntnis für den Hochhausbau in deutschen Großstädten: Trennung von Wohn- und Geschäftsstadt, Verlegung der Industrie außerhalb der Stadt.

Röhn obenauf.

Er verklagt 32 000 seiner Einleger — wegen Glückspiels.

Die Unverschämtheit des früheren Wettkonzerninhabers Karl Röhn scheint in der Unteruchungshaft — wo er den drohenden Fäufnis seiner von ihm geschädigten Einleger unerreichbar ist — einen Gipfel erklommen zu haben.

„Die Tätigkeit der Wettkonzerninhaber bzw. Röhn's Tätigkeit bestand nur darin, die Einzahlungen der Einleger am Totalisator und eventuell beim Buchmacher unterzubringen. Von den Buchmachern abgesehen, sind also in erster Linie die Einleger die Spieler.“

So weit der unverwundliche Röhn selbst. Sollte seine Anzeige von Erfolg begleitet sein, so würden die Berliner Gerichte wohl für die nächsten Jahre mit Arbeit versorgt sein, da allein für Berlin etwa 32 000 Einleger in Frage kommen.

Einer der Mörder der Frau Krell, der Kaufmann Koppe, der zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, ist im Gefängnis einem Herzschlag erlegen.

Schwerer Rodelunfall. Der 21 Jahre alte Armaturenbreher Erik Machan aus Spandau wurde gestern auf der Habelschauensee in der Nähe des Kaiser-Wilhelm-Turmes im beinahe senkrechten Zustand aufgefunden.

„Ach, Herr Jesus!“ Klang eine trockene, bebende und knarrende Frauenstimme aus dem Kontor. „Was 'n Unglück, was 'n Unglück!“ Doktor Splt erhob sich überrascht. „Das ist, meiner Frau, Ramsell Berg!“ sagte er und lachte. „Ich bin gelaufen, was meine Beine mich tragen wollten!“ Klang es wieder. „Dann hörte man des Amtsvorstehers hohe, neröse Stimme: „Kommen Sie doch herein und sagen Sie, was geschehen ist!“

„Was verordneten Sie ihr dann?“ „Also da verlor ich neulich die Geduld. Ich hüfte ihr den Puls, sah mir die Zunge an, und dann sagte ich: „Sie müssen tanzen, Ramsell Berg!“ — „Tanzen?“ — „Ja, sie müssen durchaus tanzen!“ — „Ich — ebenso wie in alten Zeiten auf den Erntefesten; und wenn sie können, müssen sie auch dazu singen, damit wir die Säure aus den Absonderungen heraustreiben.“









